

# Amtsblatt



## für den Landkreis Jerichower Land

17. Jahrgang

Burg, 12.12.2023

Nr.: 26

### Inhalt

#### A. Landkreis Jerichower Land

1. Satzungen, Verordnungen und Richtlinien
  - 227 Satzung zum Rettungsdienstbereichsplan des Landkreises Jerichower Land ..... 530
2. Amtliche Bekanntmachungen
  - 228 Bekanntmachung der Nutzungsentgelte für die Leistungen des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich Jerichower Land ..... 545
  - 229 Öffentliche Bekanntmachung des Landkreises Jerichower Land nach §19 des Gesetzes über Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i.V. mit § 73 Abs. 5 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) zum Antrag der Firma Deponie Reesen GmbH & Co. KG in 39288 Burg auf Erteilung eines Planfeststellungsbeschlusses nach § 35 Abs. 2 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) zur Herstellung einer Oberflächenabdichtung, Erhöhung des Deponieolumens sowie Errichtung und Betrieb einer Freiflächen-Photovoltaikanlage auf dem Deponiekörper in der Gemarkung Reesen ..... 545
3. Sonstige Mitteilungen

#### B. Städte und Gemeinden

1. Satzungen, Verordnungen und Richtlinien
  - 230 Bekanntmachung der Gemeinde Möser über die Festsetzung der Grundsteuer 2024 ..... 547
  - 231 Bekanntmachung der Gemeinde Möser über die Festsetzung der Hundesteuer 2024 ..... 548
  - 232 Bekanntmachung 4. Änderungssatzung zur Kostenbeitragssatzung der Gemeinde Möser zur Nutzung von Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen vom 01.08.2015 ..... 549
  - 233 Bekanntmachung der Satzung der Gemeinde Elbe-Parey über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) ..... 550

- 234 Bekanntmachung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen in den Kindertageseinrichtungen in der Gemeinde Elbe-Parey .....558
2. Amtliche Bekanntmachungen
  - 235 Öffentliche Wahlbekanntmachung zur Kommunalwahl am 09.06.2024 der Gemeinde Biederitz – Berufung Gemeindevahlleiter .....560
  - 236 Öffentliche Wahlbekanntmachung zur Kommunalwahl am 09.06.2024 der Gemeinde Biederitz – Aufforderung an die Parteien und Wählergruppen zur Benennung von Wahlberechtigten als Beisitzer des Wahlausschusses und der Wahlvorstände .....561
  - 237 Bekanntmachung der Gemeinde Biederitz zur Aufhebung der zentralen Vergabestelle .....562
  - 238 Bekanntmachung der Gemeinde Biederitz über die Veröffentlichung Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 56/2022 „Königsborner Straße 21“ OT Heyrothsberge-Gemeinde Biederitz im Verfahren nach § 13a BauGB, BV-GR 76/2023 .....562
  - 239 Bekanntmachung der Gemeinde Elbe-Parey zur Kommunalwahl am 09.06.2024 – Berufung Gemeindevahlleiter .....563
  - 240 Bekanntmachung der Gemeinde Elbe-Parey für die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB zum Bebauungsplan „Solarpark-Bergzow-Ost“ in der Ortschaft Bergzow und zur 11. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Elbe-Parey im Parallelverfahren .....564
  - 241 Wahlbekanntmachung der Stadt Jerichow zur Berufung des Wahlleiters und seines Stellvertreters in der Stadt Jerichow für die Kommunalwahlen am 09.06.2024 .....566
  - 242 Wahlbekanntmachung der Stadt Jerichow zu den Kommunalwahlen am 09.06.2024 – Aufforderung an die im Gemeindegebiet vertretenen Parteien und Wählergruppen zur Benennung von Wahlberechtigten als Beisitzer in den Wahlvorständen

und als Beisitzer zur Bildung des Wahlausschusses..... 566

243 Bekanntmachung der Gemeinde Möser zur Kommunalwahl am 09.06.2024 – Bildung eines Gemeindewahlausschusses..... 567

244 Bekanntmachung der Gemeinde Möser zur Kommunalwahl am 09.06.2024 – Berufung Gemeindevahllleiterin und ihrer Stellvertreter ..... 567

245 Bekanntmachung des Beschlusses BV/097/2023 über die Aufhebung der Zweckvereinbarung zur Nutzung einer gemeinsamen „Zentralen Vergabestelle“ inklusive dazugehöriger Ausführungsvereinbarung in der jeweils gültigen Fassung mit Wirkung zum 01.01.2024 ..... 568

3. Sonstige Mitteilungen

**C. Kommunale Zweckverbände**

1. Satzungen, Verordnungen und Richtlinien

2. Amtliche Bekanntmachungen

246 Öffentliche Bekanntmachung des kommunalen Zweckverbandes „Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg“..... 568

3. Sonstige Mitteilungen

**D. Regionale Behörden und Einrichtungen**

1. Satzungen, Verordnungen und Richtlinien

247 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die zentralen Abwasserentsorgungsanlagen des Trinkwasser- und Abwasserverbandes Genthin (TAV Genthin) – Abwassergebührensatzung (zAWG) .....569

248 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und die Erstattung von Kosten für die öffentliche Wasserversorgung des Trinkwasser- und Abwasserverbandes Genthin (TAV) – Wassergebührensatzung .....571

2. Amtliche Bekanntmachungen

3. Sonstige Mitteilungen

**E. Sonstiges**

1. Amtliche Bekanntmachungen

2. Sonstige Mitteilungen

**A. Landkreis Jerichower Land**

1. Satzungen, Verordnungen und Richtlinien

**Landkreis Jerichower Land**  
Der Landrat

**Satzung zum Rettungsdienstbereichsplan des Landkreises Jerichower Land**

**Präambel**

Auf der Grundlage der §§ 8 Abs. 1 und 45 Abs. 2 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA S. 288) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. April 2023 (GVBl. LSA S. 209) i.V.m. § 7 Abs. 2 Rettungsdienstgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (RettdG LSA) vom 18. Dezember 2012 (GVBl. LSA S.624) zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 2021 (GVBl. LSA S. 586) hat der Kreistag des Landkreises Jerichower Land in seiner Sitzung vom 29. November 2023 folgende Satzung beschlossen: [01/399/23](#)

**§ 1 - Rettungsdienstbereich und Organisation des Rettungsdienstes**

- (1) Der Rettungsdienstbereich Jerichower Land entspricht dem Kreisgebiet des Landkreises Jerichower Land
- (2) Im Bereich dieser Satzung werden die Leistungen im bodengebundenen Rettungsdienst im Sinne des Rettungsdienstgesetzes<sup>1</sup> (RettdG LSA) geregelt. Diese Leistungen umfassen
  1. Die Notfallrettung im Sinne des § 2 Abs. 1 RettdG LSA

<sup>1</sup> Rettungsdienstgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (RettdG LSA) vom 18. Dezember 2012, zuletzt geändert 16. Dezember 2021

d) entfällt

## **§ 2 Inkrafttreten**

1. Die 4. Änderungssatzung zur Kostenbeitragssatzung der Gemeinde Möser zur Nutzung von Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen tritt zum 01.01.2024, nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
2. Gleichzeitig tritt die 3. Änderungssatzung zur Kostenbeitragssatzung der Gemeinde Möser zur Nutzung von Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen vom 08.09.2020 außer Kraft.

Möser, den 05.12.2023

gez. Bernd Köppen  
Bürgermeister

- Siegel -

---

233

Gemeinde Elbe-Parey

## **Satzung der Gemeinde Elbe-Parey über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung)**

Aufgrund §§ 8 und 45 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) und §§ 2 und 4 des Kommunalabgabengesetzes (KAG LSA) in der zuletzt gültigen Fassung, hat der Gemeinderat der Gemeinde Elbe-Parey auf seiner Sitzung am 12.12.2023 folgende Neufassung der Satzung der Gemeinde Elbe-Parey über die Erhebung von Verwaltungskosten (Verwaltungskostensatzung) beschlossen.

### **§ 1 Allgemeines**

- (1) Als Gegenleistung für Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten (im nachfolgenden: Verwaltungstätigkeiten) im eigenen Wirkungskreis der Gemeinde Elbe-Parey werden nach dieser Satzung Gebühren und Auslagen (im nachfolgenden: Kosten) erhoben, wenn die Beteiligten hierzu Anlass gegeben haben.  
Verwaltungstätigkeiten sind auch Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe.
- (2) Kosten werden auch erhoben, wenn ein auf Vornahme einer kostenpflichtigen Verwaltungstätigkeit gerichteter Antrag abgelehnt oder nach Aufnahme der Verwaltungstätigkeit vor der Entscheidung zurückgenommen wird.
- (3) Die Erhebung von Kosten aufgrund anderer Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

### **§ 2 Höhe der Kosten/Kostentarif**

- (1) Die Höhe der Gebühren bemisst sich unbeschadet von § 7 nach dem als Anlage zu dieser Satzung beigefügten Kostentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.
- (2) Auslagen nach § 7 werden grundsätzlich in der Höhe erhoben, in der sie tatsächlich entstanden sind; in den Fällen von § 7 Abs. 2 Nr. 8 ist die Höhe der Auslagen an Hand des Kostentarifs, der Bestandteil dieser Satzung ist, zu ermitteln.

### **§ 2 a Umsatzsteuer**

Unterliegen Verwaltungstätigkeiten nach § 1 Abs. 1 der Umsatzsteuer, wird von dem Kostenschuldner neben den Verwaltungskosten auch die gesetzliche Umsatzsteuer erhoben.

### **§ 3 Bemessungsgrundsätze**

- (1) Ist für den Ansatz einer Gebühr durch den Kostentarif ein Rahmen (Mindest- und Höchstsatz) bestimmt, so sind bei der Festsetzung der Gebühr das Maß des Verwaltungsaufwandes sowie der Wert des Gegenstandes zur Zeit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit oder die Bedeutung der Verwaltungstätigkeit für den Gebührenschuldner zu berücksichtigen. Ist eine Gebühr nach dem Wert des Gegenstandes zu berechnen, so ist der Wert zur Zeit der Beendigung der Amtshandlung maßgebend.
- (2) Die einzelne Gebühr ist auf 1/10 Euro nach unten abzurunden. Auf Nachfrage ist der Verwaltungsangestellte bei einer Gebührenerhebung nach Abs. 1 Satz 1 verpflichtet, vor Beginn der Arbeiten eine schriftliche Aussage über die zu erwartenden Kosten zu treffen.
- (3) Werden mehrere gebührenpflichtige Verwaltungstätigkeiten nebeneinander vorgenommen, so ist für jede Verwaltungstätigkeit eine Gebühr zu erheben.
- (4) Wird ein Antrag wegen Unzuständigkeit abgelehnt oder beruht er auf unverschuldeter Unkenntnis, so kann die Gebühr außer Ansatz bleiben.
- (5) Verwaltungskosten werden nicht erhoben, wenn der Antrag wegen Unzuständigkeit abgelehnt wird oder er auf unverschuldeter Unkenntnis beruht.
- (6) Wird eine zunächst abgelehnte Verwaltungstätigkeit auf einen Rechtsbehelf hin vorgenommen, so wird die für die Ablehnung erhobene Gebühr angerechnet.

### **§ 4 Rechtsbehelfsgebühren**

- (1) Soweit ein Rechtsbehelf erfolglos bleibt, beträgt die Gebühr für die Entscheidung über den Rechtsbehelf das Eineinhalbfache der Gebühr, die für die angefochtene Entscheidung anzusetzen war, mindestens jedoch 10,00 Euro. War die angefochtene Entscheidung gebührenfrei, beträgt die Rechtsbehelfsgebühr 10 bis 500 Euro.
- (2) Wird dem Rechtsbehelf teilweise stattgegeben, so ermäßigt sich die aus Abs. 1 ergebende Gebühr nach dem Umfang der Zurückweisung.
- (3) Wird der Rechtsbehelfsbescheid ganz oder teilweise aufgehoben oder zurückgenommen, so sind die gezahlten Rechtsbehelfskosten ganz oder teilweise zu erstatten, es sei denn, dass die Aufhebung allein auf unrichtigen oder unvollständigen Angaben desjenigen beruht, der den Rechtsbehelf eingelegt hat.

### **§ 5 Kleinbeträge**

Die Gemeinde Elbe-Parey kann von der Festsetzung und Erhebung der Kosten absehen, wenn der Betrag niedriger als 5,00 Euro ist.

### **§ 6 Gebührenbefreiung**

- (1) Gebühren werden nicht erhoben für:
  1. mündliche Auskünfte, ausgenommen Auskünfte nach Kostentarif Nr. 5.1;
  2. Beglaubigungen, Bescheinigungen, Ausweise und Zeugnisse in folgenden Angelegenheiten:
    - a) Arbeits- und Dienstleistungssachen, soweit sie sich auf ein bestehendes oder früheres Dienst- und Arbeitsverhältnis bei der Gemeinde Elbe-Parey oder ein früheres Versorgungsverhältnis beziehen,
    - b) Besuch von Schulen,
    - c) Zahlung von Ruhegehältern, Witwen- und Waisengeldern, Krankengeldern, Unterstützung und dergleichen aus öffentlichen und privaten Kassen,
    - d) Nachweis für die Steuerfreiheit im sozialen Wohnungsbau,
    - e) Nachweise der Bedürftigkeit,
  3. Verwaltungstätigkeiten, die die Stundung, Niederschlagung oder den Erlass von Verwaltungskosten betreffen,

4. steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigungen, sofern diese für Angebote zur Vergabe öffentlicher Aufträge verwendet werden,
  5. Verwaltungstätigkeiten, zu denen in Ausübung öffentlicher Gewalt eine andere Behörde im Lande, eine Behörde des Bundes oder die Behörde eines anderen Bundeslandes Anlass gegeben hat, es sei denn, dass die Gebühr einen Dritten zur Last zu legen ist,
  6. Maßnahmen der Amtshilfe
- (2) Von der Erhebung einer Gebühr kann außer in den in Abs. 1 genannten Fällen ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn daran ein öffentliches Interesse besteht.

### **§ 7 Auslagen**

- (1) Werden bei der Vorbereitung oder bei der Vornahme von Verwaltungstätigkeiten Auslagen notwendig, die nicht bereits mit der Gebühr abgegolten sind, so hat der Kostenschuldner sie zu erstatten. Dies gilt auch, wenn eine Gebühr nicht zu entrichten ist.  
Auslagen hat der Kostenschuldner auch dann zu erstatten, wenn sie bei einer anderen am Verfahren beteiligten Behörde entstanden sind.
- (2) Als Auslagen werden insbesondere erhoben:
1. Postgebühren für Zustellungen und Nachnahmen sowie für die Ladung von Zeugen und Sachverständigen. Wird durch Bedienstete der Gemeinde zugestellt, so werden die für die Zustellung durch die Post mit Zustellungsurkunde entstandenen Postgebühren erhoben.
  2. Entgelte für Telekommunikationsdienstleistungen,
  3. Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,
  4. an Zeugen und Sachverständige zu zahlende Beträge,
  5. bei Dienstgeschäften entstehende Reisekosten,
  6. Beträge, die anderen Behörden oder anderen Personen für ihre Tätigkeit zu zahlen sind,
  7. Kosten der Beförderung oder Verwahrung von Sachen,
  8. Schreibgebühren für weitere Ausfertigungen, Abschriften, Durchschriften, Auszüge, Kosten für Fotokopien und Vervielfältigungen nach den im Kostentarif vorgesehenen Sätzen.
- (3) Beim Verkehr mit den Behörden des Landes und beim Verkehr der Gebietskörperschaften im Lande untereinander findet ein Ausgleich der Auslagen nur statt, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 25,00 Euro übersteigen. Als Auslagen gelten auch Kosten, die einer am Verfahren beteiligten Behörde entstanden sind, ohne dass sie gegenseitig ausgeglichen werden.

### **§ 8 Kostenschuldner**

- (1) Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet,
1. wer zu einer Verwaltungstätigkeit Anlass gegeben hat,
  2. wer die Kosten durch eine der Gemeinde Elbe-Parey gegenüber abgegebene oder ihr mitgeteilte Erklärung übernommen hat,
  3. wer für die Kostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (2) Kostenschuldner nach § 4 ist derjenige, der den Rechtsbehelf eingelegt hat.
- (3) Mehrere Kostenschuldner sind Gesamtschuldner.

### **§ 9 Entstehung der Kostenschuld**

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit oder mit der Rücknahme des Antrages.
- (2) Die Verpflichtung zur Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.

### **§ 10 Festsetzung, Fälligkeit und Vollstreckung**

- (1) Die Kosten werden durch Bescheid festgesetzt. Sie werden mit Bekanntgabe der Kostenentscheidung an den Kostenschuldner fällig, wenn nicht der Bescheid einen anderen Zeitpunkt bestimmt.
- (2) Die Vornahme von Verwaltungstätigkeiten kann von der vorherigen Zahlung der Kosten oder von der Zahlung oder Sicherstellung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig gemacht werden. Soweit der Vorschuss die endgültige Kostenschuld übersteigt, ist er zu erstatten.
- (3) Rückständige Kostenforderungen werden im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben.

### **§ 11 Billigkeitsmaßnahmen**

Ansprüche aus dem Abgabenschuldverhältnis können entsprechend § 13 a KAG LSA ganz oder teilweise gestundet werden, wenn die Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für Schuldner bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint. Ist deren Einziehung nach Lage des Einzelfalles unbillig, können sie ganz oder teilweise erlassen werden.

### **§ 12 Anwendung des Verwaltungskostengesetzes**

Die Vorschriften des Verwaltungskostengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt finden ergänzend Anwendung, soweit die Regelungen des KAG LSA nicht ausdrücklich entgegenstehen.

### **§ 13 Sprachliche Gleichstellung**

Personen- und funktionsbezogene Bezeichnungen in dieser Satzung werden verallgemeinernd verwendet und beziehen sich auf alle Geschlechter.

### **§ 14 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.  
Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) vom 23.11.2004 außer Kraft.

Elbe-Parey, 12.12.2023

gez. Nicole Golz            Siegel  
Bürgermeisterin

### **Anlage**

Kostentarif zur Verwaltungskostensatzung der Gemeinde Elbe-Parey

Anlage

**Kostentarif zur Verwaltungskostensatzung (§ 2)  
der Gemeinde Elbe-Parey vom 12.12.2023**

Gebühren (§ 3 der Verwaltungskostensatzung) und Pauschbeträge für Auslagen (§ 7 Abs. 2 Nr. 8 der Verwaltungskostensatzung)

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr/ Pauschbetrag EURO
<b>A</b>	<b><u>Allgemeine Verwaltungskosten</u></b>	
<b>1.</b>	<b>Abschriften und Ausfertigungen</b> Abschriften und Ausfertigungen sofern sie nicht durch Ablichtung hergestellt werden, je angefangene Seite	
1.1.	im Format DIN A 5	3,00
1.2.	im Format DIN A 4	5,00
1.3.	in größeren Formaten oder bei schwierigen Abschriften wie z. B. fremdsprachliche oder wissenschaftliche Texte oder Tabellen	3,00 bis 50,00
<b>2.</b>	<b>Fotokopien und Drucke</b>	
2.1.	Fotokopien und Drucke, schwarz-weiß	
2.1.1.	bis zum Format DIN A 4 je Seite (einseitig)	0,80
	bis zum Format DIN A 4 je Seite (beidseitig)	0,85
2.1.2.	bis zum Format DIN A 3 je Seite (einseitig)	1,90
	bis zum Format DIN A 3 je Seite (beidseitig)	2,05
2.2.	Fotokopien und Drucke farbig	
2.2.1.	bis zum Format DIN A 3 je Seite	3,85
<b>3.</b>	<b>Amtliche Beglaubigungen, Zeugnisse, Bescheinigungen und Ausweise</b>	
3.1.	Beglaubigungen	
3.1.1.	Beglaubigungen von Abschriften, Ablichtungen, Vervielfältigungen und Negativen	
3.1.1.1.	je Seite der Erstaufbereitung	6,00
3.1.1.2.	je Seite der Mehraufbereitung	2,50
3.1.2.	Beglaubigungen von Unterschriften oder Handzeichen	3,50 bis 31,00
3.2.	Bescheinigungen, Ausweise, Zeugnisse	
3.2.1.	Ausstellung von Bescheinigungen, Ausweisen und Zeugnissen auf Antrag	20,00 bis 151,00
3.2.2.	Bescheinigung der Echtheit einer Urkunde zur Versendung im Ausland (Legalisation) je Urkunde	20,00 bis 50,00
<b>4.</b>	<b>Akteneinsicht/Aktenüberlassung</b>	

4.1.	Einsichtgewährung in Akten und amtliche Unterlagen, soweit es sich nicht um ein Verfahren nach dem Informationszugangsgesetz Sachsen-Anhalt handelt	
4.1.1.	wenn die Einsicht beaufsichtigt werden muss	nach Zeitaufwand gem. Nr. 12
4.1.2.	in den anderen Fällen je Akte oder Unterlage	3,00
4.2.	Einsichtgewährung in Akten und amtliche Unterlagen, soweit sie nicht zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt sind und sich nach einer anderen Tarifnummer keine andere Gebühr ergibt je Akte oder Unterlage	3,50
4.3.	Zeitweise Überlassung von Akten an bevollmächtigte Rechtsanwälte oder Rechtsbeistände in Verwaltungs- oder Bußgeldverfahren durch Versendung	20,00
4.4	Dauerhafte Überlassung von elektronischen Akten (mit mind. 200 dpi eingescannte oder digital erzeugte Schriftstücke im PDF-Format) an bevollmächtigte Rechtsanwälte oder Rechtsbeistände in Verwaltungs- oder Bußgeldverfahren durch Onlineversendung mittels sicherer elektronischer Kommunikation unter Verwendung einer qualifiziert elektronischen Signatur - je PDF-Datei farbig (bis 15 MB, entspricht ca. 30 Seiten)	5,00
<b>5.</b>	<b>Auskünfte</b> soweit es sich nicht um ein Verfahren nach dem Informationszugangsgesetz Sachsen-Anhalt handelt	
5.1.	mündliche Auskünfte aus amtlichen Unterlagen, soweit damit ein erheblicher Zeitaufwand verbunden ist	6,00 bis 135,50
5.2.	schriftliche Auskünfte	
5.2.1.	aus Registern und Karteien, soweit die Anfrage nicht ohne besondere Ermittlungen beantwortet werden kann	8,00 bis 41,00
5.2.2.	aus Registern und Karteien, soweit die Anfrage ohne besondere Ermittlungen beantwortet werden kann	6,00
5.2.3.	zum Besoldungs- und Versorgungsrecht, soweit die Auskunft nicht aufgrund eines bestehenden oder früheren Dienst- oder Arbeitsverhältnisses in eigener Besoldungs- oder Versorgungsangelegenheit ersucht wird	10,00 bis 135,50
5.2.4.	sonstige Auskünfte aus amtlichen Unterlagen, soweit damit ein erheblicher Zeitaufwand verbunden ist	nach Zeitaufwand gem. Nr. 12
<b>6.</b>	<b>Aufnahme von Verhandlungen</b>  Schriftliche Aufnahme von Verhandlungen eines Antrages oder einer Erklärung (Niederschrift), die von Privatpersonen zu deren Nutzen beantragt wird; ausgenommen die Niederschrift über die Erhebung von Rechtsbehelfen nach Zeitaufwand	nach Zeitaufwand gem. Nr. 12
<b>7.</b>	<b>Genehmigungen, Erlaubnisse, sonstige Verwaltungstätigkeiten,</b>	
7.1	Genehmigungen und Erlaubnisse, Ausnahmegewilligungen und andere zum unmittelbaren Nutzen des Beteiligten vorgenommene Verwaltungstätigkeiten auf Grund gesetzlicher oder satzungrechtlicher Vorschriften, soweit nicht eine Gebühr nach anderen Vorschriften zu erheben ist	20,00 bis 510,00



7.2	Nachträgliche Auflagen, Rücknahme oder Widerruf einer Genehmigung, soweit nicht eine Gebühr nach anderen Vorschriften zu erheben ist	20,00 bis 510,00
7.3	Sonstige Verwaltungstätigkeiten, die nach Art und Umfang in der Gebührensatzung nicht näher bestimmt werden können und die mit einem erheblichen Zeitaufwand verbunden sind,	nach Zeitaufwand gem. Nr. 12
<b>B</b>	<b>Besondere Verwaltungskosten</b>	
<b>8.</b>	<b>Finanzverwaltung</b>	
8.1	Ersatzstücke für verlorengegangene Hundesteuermarken	3,00
8.2	Steuerliche Unbedenklichkeitserklärung (für öffentliche Aufträge gilt § 6 Abs. 1 Nr. 4 der Satzung)	10,00
8.3	Sonstige Feststellungen und Aufstellungen aus Konten und Akten	nach Zeitaufwand gem. Nr. 12
<b>9.</b>	<b>Vermögens- und Bauverwaltung</b>	
9.1.	Bearbeitung von Bürgschaftsanträgen	
9.1.1.	bis zu einem Bürgschaftsbetrag von 5.000,00 Euro	20,00
9.1.2.	für jede weiteren angefangenen 5.000,00 Euro	6,50
9.2.	Vorrangseinräumungs-, Pfandentlassungs- und sonstige Erklärungen zu Gunsten von Grundpfandrechten Dritter, insbesondere gegenüber Auflassungsvormerkungen und Vorkaufsrechten sowie Belastungsgenehmigungen	
9.2.1.	bis zu 5.000,00 Euro des Nominalbetrages des vortretenden, höchstens jedoch des zurücktretenden Grundpfandrechtes oder des betroffenen Teilbetrages	20,00
9.2.2.1.	für jede weiteren angefangenen 5.000,00 Euro	6,50
9.3.	Löschungsbewilligungen zu Gunsten von Grundpfandrechten Dritter	
9.3.1.	bis zu 5.000,00 Euro des Nominalbetrages des vortretenden, höchstens jedoch des zurücktretenden Grundpfandrechtes	20,00
9.3.2.	für jede weiteren angefangenen 5.000,00 Euro	6,50
9.4.	Löschungsbewilligungen, Vorrangseinräumungs-, Pfandentlassungs- und sonstige Erklärungen für Rechte, die nicht unter Tarifnummer 9.2. und 9.3. fallen	12,50 bis 65,00
9.5.	Ausstellung eines Zeugnisses über das Nichtbestehen bzw. die Nichtausübung gesetzlicher Vorkaufsrechte (Negativzeugnis) nach § 28 Abs.1 Satz 3 BauGB	35,00
9.6	Abgabe von Bauleitplänen pro Stück	5,00 bis 50,00
9.7.	Abgabe von Flächennutzungsplänen pro Stück	5,00 bis 50,00

- 9.8. Genehmigung und Überwachung von Arbeiten, die für die Rechnung Dritter von Unternehmen an Straßen, Plätzen und Kanälen und sonstigen Anlagen ausgeführt werden, je angefangene halbe Stunde der Beaufsichtigung einschließlich Anmarschweg von der Dienststelle oder von der vorhergehenden Baustelle (soweit die vorhergehende Baustelle weiter entfernt liegt als die Dienststelle, ist für die Berechnung des Zeitaufwandes nur der Weg von der Dienststelle bis zur Baustelle zu Grunde zu legen) nach Zeitaufwand gem. Nr. 12
- 9.9. Feststellungen, Besichtigungen, Gutachten, Bauleitungen, Auszüge, technische Arbeiten, und zwar für  
  
Büroarbeiten je angefangene halbe Stunde nach Zeitaufwand gem. Nr. 12  
  
Außenarbeiten je angefangene halbe Arbeitsstunde einschließlich Anmarschweg von der Dienststelle bzw. von der vorhergehenden Baustelle (soweit die vorhergehende Baustelle weiter entfernt liegt als die Dienststelle, ist für die Berechnung des Zeitaufwandes nur der Weg von der Dienststelle bis zur Baustelle zu Grunde zu legen) nach Zeitaufwand gem. Nr. 12
- 9.10. (städtebauliche) Beratung zur Gestaltung von Bauvorhaben nach Zeitaufwand gem. Nr. 12
- 9.11 Vergabe von Hausnummern 35,00
- 10. Archiv**
- 10.1. für familiengeschichtliche Auskünfte je angefangene halbe Arbeitsstunde nach Zeitaufwand gem. Nr. 12
- 10.2. Schriftliche Auskunft aus Urkunden und alten Akten je Seite gem. Nr. 2  
  
Daneben kann die Gebühr nach Tarifstelle 12 erhoben werden.
- 10.3. Benutzung des Archivs
- 10.3.1. für einen Tag 5,00 bis 15,00
- 10.3.2. für eine Woche 20,00 bis 100,00
- 10.3.3. für längere Zeit pro Tag 10,00
- 11. Rechtsbehelfe**

Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe soweit nicht § 4 Abs. 1 Satz 1 anzuwenden ist und die angefochtene Verwaltungstätigkeit aufgrund unrichtiger oder unvollständiger Angaben vorgenommen bzw. abgelehnt worden ist, einschließlich der Entscheidung über Widersprüche Dritter.  
Die Gebühr beträgt bei einem Streitwert

Streitwert in Euro	Gebühr in Euro	Streitwert in Euro	Gebühr in Euro
bis einschließlich 100,00	15,00	bis einschließlich 10.000,00	210,00
bis einschließlich 200,00	25,00	bis einschließlich 11.000,00	230,00
bis einschließlich 300,00	35,00	bis einschließlich 12.000,00	250,00
bis einschließlich 400,00	45,00	bis einschließlich 13.000,00	270,00
bis einschließlich 600,00	55,00	bis einschließlich 14.000,00	290,00

bis einschließlich 800,00	65,00	bis einschließlich 15.000,00	310,00
bis einschließlich 1.000,00	80,00	bis einschließlich 20.000,00	350,00
bis einschließlich 1.500,00	90,00	bis einschließlich 25.000,00	400,00
bis einschließlich 2.000,00	100,00	bis einschließlich 30.000,00	450,00
bis einschließlich 2.500,00	110,00	bis einschließlich 35.000,00	500,00
bis einschließlich 3.000,00	120,00	bis einschließlich 40.000,00	600,00
bis einschließlich 4.000,00	130,00	bis einschließlich 50.000,00	700,00
bis einschließlich 5.000,00	140,00	bis einschließlich 60.000,00	750,00
bis einschließlich 6.000,00	150,00	bis einschließlich 70.000,00	800,00
bis einschließlich 7.000,00	160,00	bis einschließlich 80.000,00	850,00
bis einschließlich 8.000,00	170,00	bis einschließlich 90.000,00	950,00
bis einschließlich 9.000,00	190,00	über 90.000,00	1.000,00

**12 Verwaltungstätigkeiten, die nach Art und Umfang in der Gebührensatzung nicht näher bestimmt und mit einem erheblichen Zeitaufwand verbunden sind, bzw. für die eine Gebührenbemessung nach Zeitaufwand erfolgt für jede angefangene halbe Arbeitsstunde**

12.1	für Beamte in der Laufbahngruppe 2 zweites Einstiegsamt gemäß § 13 Abs. 3 Satz 3 und 4 und Abs. 4 des Landesbeamtengesetzes bis zum Amt der Besoldungsgruppe einschließlich A 16 sowie für Beschäftigte der Entgeltgruppen E 13 bis E15Ü	42,50
12.2	für Beamte in der Laufbahngruppe 2 erstes Einstiegsamt gemäß § 13 Abs. 3 Satz 3 und 4 und Abs. 4 des Landes-beamtengesetzes bis zum Amt der Besoldungsgruppe einschließlich A 13 sowie für Beschäftigte der Entgeltgruppen E 9 bis E 12	31,00
12.3	für Beamte in der Laufbahngruppe 1 zweites Einstiegsamt gemäß § 13 Abs. 3 Satz 1 und 2 und Abs. 4 des Landesbeamtengesetzes bis zum Amt der Besoldungsgruppe einschließlich A 9 sowie für Beschäftigte der Entgeltgruppen E 4 bis E 8	23,00
12.4	für Beamte in der Laufbahngruppe 1 erstes Einstiegsamt gemäß § 13 Abs. 3 Satz 1 und 2 und Abs. 4 des Landes-beamtengesetzes bis zum Amt der Besoldungsgruppe einschließlich A 6 sowie für Beschäftigte der Entgeltgruppen E 2, E 2Ü und E 3	17,00

**Satzung  
über die Erhebung von Beiträgen in den Kindertageseinrichtungen  
in der Gemeinde Elbe-Parey**